

AKTUELL

ARBEITSZEITVERKÜRZUNG

Kurze Studie

Raymond Klein

Die Unternehmen sind dagegen, die Gewerkschaften dafür. Die Parteien nutzen das Thema Arbeitszeitverkürzung für Wahlwerbung. Ist da mehr?

Die LSAP ist für eine Arbeitszeitverkürzung, das suggeriert der jüngste Social-Media-Post der Partei. Und: Sie bringe laut der von Georges Engel in Auftrag gegebenen Studie Vorteile für Lebensqualität, Produktivität und Standortsicherung. Das angehängte Foto des Arbeitsministers illustriert jedenfalls, dass die Vorwürfe, die Studie diene als Wahlpropaganda für Engel und seine Partei, nicht aus der Luft gegriffen sind. Der Presse wurde das Ergebnis der Arbeit des „Luxembourg Institute of Socio-Economic Research“ (LISER) am Dienstag vorgestellt: Es handelt sich eher um eine Metastudie zum Thema Arbeitszeitverkürzung, die Zahlen und Analysen aus mehreren Ländern zusammenfasst.

Dass die Studie mehr als nur Wahlpropaganda ist, erkennt man schon an ihrem Umfang: 100 Seiten, die 15 Anhänge und 6 Seiten Literaturangaben mitgezählt. Eine 30-seitige Bestandsaufnahme belegt erst einmal, dass in Luxemburg sowohl die legalen als auch die realen Arbeitszeiten pro Woche und Jahr länger sind als in den Nachbarländern – leider nur anhand von Zahlen für das Jahr 2016. Zu den sozialen Auswirkungen einer Arbeitszeitverkürzung gehört, wie bei der Vorstellung der Studie betont wurde, dass sie den Beschäftigten mehr Freizeit beschert, die Kaufkraft für den Freizeitkonsum aber sinken kann, wenn es keinen vollen Lohnausgleich gibt. Unerwünschte Nebenwirkungen einer Absenkung der Wochenarbeitszeit gibt es viele, insbesondere wenn, wie vielfach in Luxemburg, Arbeitskräftemangel herrscht: Unternehmen können auf mehr Überstunden zurückgreifen, ihren Beschäftigten flexiblere Arbeitszeiten abverlangen oder einfach nur auf eine Intensivierung der Arbeitsleistung drängen.

Doch auch, wenn es zu Mehrreinstellungen kommt, sinkt im Falle Luxemburgs nicht automatisch die Arbeitslosigkeit. Je nach Jobprofil wird die Wirtschaft noch mehr auf Einwanderer*innen und vor allem Grenzgänger*innen zurückgreifen. Bei vielen Fragen weiß das Liser-Team auch nicht weiter: So wünschen sich zwei Drittel der Beschäftigten eine Verkürzung der Arbeitszeit, doch Lohnverluste und mehr Berufsverkehr (durch mehr Beschäftigte) könnten gegebenenfalls die Attraktivität negativ beeinflussen. Für Unternehmen könnten Mehrkosten entstehen, die nicht durch Produktivi-

tätsgewinne ausgeglichen werden. Unterm Strich plädiert die Studie für ein nach Sektoren differenziertes Vorgehen – und für weitere Studien.

Den Sozialpartnern sollte die Studie kurz vor der Pressekonferenz vorgestellt werden – was der Unternehmensverband UEL ausschlug: zu viel Wahlpropaganda, zu wenig Zeit für Diskussionen. Verbandspräsident Michel Reckinger bezeichnete das Arbeitsministerium gar als „Vorzimmer des OGBL“ – eine Provokation, die für den betroffenen Minister in Vorwahlzeiten eher einen Booster darstellt. Über die Klassenkampf-Attitüde hinaus haben die Unternehmen durchaus gute Gründe, eine Arbeitszeitverkürzung abzulehnen. Einerseits laufen sinkende Profite durch einen Lohnausgleich ihrem Eigeninteresse entgegen, andererseits kann sich der Arbeitskräftemangel negativ auf die gesamte Volkswirtschaft auswirken. Derweil versuchen LSAP und Déi Lénk sich gegenseitig mit Bekenntnissen zur Arbeitszeitverkürzung zu übertrumpfen – wenig überraschend, sind doch beide Parteien auf die gewerkschaftlich organisierte Wähler*innenschaft angewiesen. Der OGBL spricht sich deutlich für eine Verkürzung aus, ohne sich allerdings auf eine Stundenzahl pro Woche festzulegen.

Kein Öko-Thema?

Bemerkenswert ist, dass im Luxemburger linksgrünen Spektrum das ehemalige Symbolthema Arbeitszeitverkürzung kaum mehr Beachtung findet. Die Studie widmet immerhin ihren letzten Anhang den Interaktionen mit der nachhaltigen Entwicklung. Doch Déi Gréng sehen das Thema Arbeitszeiten vor allem in Zusammenhang mit der Familien- und Gleichstellungspolitik. In Bezug auf Wirtschafts- und Sozialpolitik wollten sie 2018 gerade mal „eine gesellschaftliche Diskussion anstoßen über eine allgemeine Verkürzung der Wochenarbeitszeit“. Man darf gespannt sein, ob es dieses halbherzige Bekenntnis überhaupt ins diesjährige Wahlprogramm schafft. Die Wahlbrochure des Mouvement écologique zielt auf nachhaltige Entwicklung, weniger Wachstum und eine Veränderung des Lebensstils ab. In Sachen Arbeitszeit beschränken sich die Méco-Forderungen dennoch auf den Congé associatif und – auf gesundheitspolitische Herausforderungen. Als makroökonomisches Instrument für die „Transition“ wird eine Arbeitszeitverkürzung nicht aufgeführt – vielleicht, weil die Angst vor noch mehr Einwanderer*innen und Grenzgänger*innen zu groß ist.

SHORT NEWS

Hearing und Konferenz zu Abrissmoratorium am 3. Mai

(rg) – Die Idee eines Abrissmoratoriums zum Wohl des Denkmalschutzes – aber auch aus Gründen der Bekämpfung der Klimakrise – steht am kommenden Dienstag, dem 3. Mai, anlässlich eines Hearings in der Abgeordnetenversammlung ab 10:30 Uhr zur Debatte. Nachdem die Petition 2477 mehr als 4.700 Unterschriften verbuchen konnte, musste der Petitionsausschuss zu einer öffentlichen Anhörung einladen. Um ihr Anliegen zu untermauern, haben die Petitionär*innen sich mit der Architektin Lilith Kreiß, die ehrenamtlich für die „Architects for Future“ tätig ist, fachkundigen Rat aus dem Ausland geholt. Ihre Organisation entstand 2019, setzt sich für die Einhaltung des Pariser Klimaschutzabkommens, insbesondere seitens der Baubranche, ein. Die Referentin wird am Tag des Hearings einen öffentlichen Vortrag mit anschließender Diskussion zum Thema „Denkmalschutz ist Klimaschutz: Warum wir einen Abrissstopp brauchen“ ab 18:30 Uhr in der Jugendherberge Luxemburg (2, rue du Fort Olisy, L-2261 Luxembourg) abhalten. Die Idee eines Abrissmoratoriums, die 2021 bereits einmal in der Chamber vorgetragen wurde, aber damals weder Gehör bei der Politik noch einen Niederschlag im anschließend verabschiedeten Denkmalschutzgesetz fand, gewinnt derweil immer mehr Anhänger*innen. In einem Schreiben an alle Parteien spricht sich inzwischen auch die Lëtzebuerger Denkmalschutz-Federatioun dafür aus. Der Dachverband erklärt ein solches Moratorium für notwendig, sollten seine in einem Forderungskatalog (ldf.lu/forderungen) zusammengefassten grundlegenden Anliegen weiterhin keine Beachtung finden.

Litauen legalisiert Pushbacks

(tf) – Das litauische Parlament hat am Dienstag eine Gesetzesänderung verabschiedet, die sogenannte „Pushbacks“ – also die nach EU-Recht illegale Zurückweisung – von Asylsuchenden an der Grenze legalisiert. Falls wegen eines „massiven Zustroms von Ausländern“ ein Staatsnotstand ausgerufen wird, sollen alle Ausländer, die gegen die litauischen Regeln für einen geordneten Grenzübertritt verstoßen, also über die „grüne Grenze“ kommen, „zurückgewiesen“ werden können. Konkret geht es dabei um eine fünf Kilometer breite Zone an der Grenze zu Belarus. Wie Polen argumentiert auch Litauen, Russland lasse Flüchtlinge aus dem Nahen Osten nach Minsk einfliegen, um sie dann für einen „hybriden Angriff“ auf die benachbarten EU-Staaten einzuspannen und eine Krise zu provozieren (siehe den Artikel „Arsenal des Zynismus“ in woxx 1659). In einem gemeinsamen Appell kritisierten litauische und internationale NGOs und Wissenschaftler*innen, die neue Regelung verstoße gegen internationales Recht und versuche konkret, einen Spruch des Gerichtshofs der Europäischen Union zur bisherigen Anwendung des Staatsnotstandes gegen Flüchtlinge zu umgehen. Das Gericht hatte festgehalten, ein solcher Notstand entbinde nicht von der Pflicht, sich an geltendes Asylrecht zu halten. Die Gesetzesänderung sieht außerdem vor, dass als „Sponsoren“ bezeichnete Freiwillige sich am Grenzschutz beteiligen und dabei Gewalt anwenden können. Auch Ungarn erlaubt dies bereits. Eine Sprecherin der litauischen NGO „Sienos Grupė“ fürchtet, dass sich nun beispielsweise deutsche Neonazi-Gruppen auf den Weg machen, um an dem „Sponsoring“ teilzunehmen und Jagd auf Flüchtlinge zu machen.

Intersex: Schluss mit Genitalverstümmelungen

(is) – Am Dienstag rief der queere Verbund Ilga-Europe dazu auf, Genitalverstümmelungen an intersex Personen europaweit zu kriminalisieren. Ilga appellierte an das Europaparlament und den Europarat, die Eingriffe in die geplante EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt einzuarbeiten. Der Vorschlag zu dieser Richtlinie wurde 2022 angenommen und hat unter anderem zum Ziel, Standards zum Opferschutz und zur Präventionsarbeit im EU-Recht zu verankern. Ilga betont in seinem Aufruf, dass Genitalverstümmelungen, die meist an minderjährigen, urteilsunfähigen intersex Personen vollzogen werden, gegen Menschenrechte und den Anspruch auf Selbstbestimmung verstoßen. Die Organisation hebt besonders intersex Menschen hervor, denen bei der Geburt das weibliche Geschlecht zugewiesen wurde: Oft würden die Eingriffe an ihnen durchgeführt, um Penetration beim Sex zu ermöglichen, lange bevor Klarheit über ihre sexuelle Orientierung oder ihre Geschlechtsidentität herrsche. Dies beruhe auf misogynen Haltungen und sei ein Versuch, das Aussehen und die Sexualität der Betroffenen zu kontrollieren. Die EU-weite Kriminalisierung der Eingriffe bedeute einen höheren Schutz von intersex Personen, erleichtere aber auch die Strafverfolgung praktizierender Mediziner*innen. Nach Informationen der woxx formuliert in Luxemburg derzeit eine interministerielle Arbeitsgruppe einen entsprechenden Gesetzestext aus.